



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **SÖDER: 26 MILLIONEN EURO FÜR SANIERUNG DER JUSTIZBEHÖRDEN IN ASCHAFFENBURG – Haushaltsausschuss billigt Generalsanierung und Erweiterung**

SÖDER: 26 MILLIONEN EURO FÜR SANIERUNG DER JUSTIZBEHÖRDEN IN ASCHAFFENBURG – Haushaltsausschuss billigt Generalsanierung und Erweiterung

13. Juli 2016

Die Gebäude der Justizbehörden in Aschaffenburg werden saniert und erweitert. „Wir investieren 26 Millionen Euro für eine Generalsanierung und Modernisierung. Wir schaffen dringend benötigten zusätzlichen Platz. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten moderne, den technischen Anforderungen entsprechenden Arbeitsplätze in historischem Ambiente“, teilte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder mit. Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat heute den Baumaßnahmen zugestimmt. Die Generalsanierung und Erweiterung der Justizbehörden in Aschaffenburg wird in zwei Bauabschnitten durchgeführt. Während der Sanierungsarbeiten im Hauptgebäude ist eine Auslagerung auf dem Nachbargrundstück in Form von Containermodulen vorgesehen. Die Bauarbeiten dauern voraussichtlich vier Jahre. Die Baumaßnahmen an dem unter Denkmalschutz stehenden Justizgebäude sind mit dem Landesamt für Denkmalpflege abgestimmt.

Die Justizbehörden in Aschaffenburg sind derzeit in staatseigenen Gebäuden in der Erthalstraße 3 und in den Gebäuden am Schlossplatz 3, 5 und 7 untergebracht. Das in den Jahren 1957 bis 1960 erbaute, denkmalgeschützte Justizgebäude in der Erthalstraße zeichnet sich durch eine sorgfältig und bis ins Detail durchgeplante Architektur aus. Der 6-geschossige Verwaltungstrakt und der 2-geschossige Sitzungssaaltrakt werden saniert. Ferner ist die Aufstockung des Sitzungssaaltraktes um ein weiteres Geschöß vorgesehen, um den Fehlbedarf der Justizbehörden an Nutzflächen zu decken. Im Gebäude Schlossplatz 7 ist der Ausbau bislang ungenutzter Dachräume vorgesehen. In den Standorten Schlossplatz 3, 5 und 7 wurden bereits in den Jahren 2000 bis 2002 umfangreiche Sanierungsmaßnahmen in Höhe von rund 5,2 Mio. Euro durchgeführt.

Im Rahmen der Sanierung wird die gesamte Gebäudetechnik modernisiert. Im Sitzungssaaltrakt werden insbesondere die Lüftungsanlage und die Fenster vollständig erneuert. Die Fenster erhalten einen zusätzlichen außenliegenden Sonnenschutz. Der Fassadenputz wird erneuert. Die unzureichende bauliche Trennung zwischen Büronutzung und Sitzungssaaltrakt wird verbessert. Das Gebäude wird barrierefrei erschlossen. Zusätzlich sind auch Maßnahmen für hör- und sehbehinderte Menschen geplant. Ferner werden öffentlich zugängliche Fahrradstellplätze errichtet. Auf dem Flachdach des Verwaltungsgebäudes wird eine Photovoltaikanlage mit 92 Modulen errichtet mit einer Gesamtleistung von 23,9 kWp.

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers

